

PA: Syrien: UNO - Sicherheitsrat darf Hilfe für Bevölkerung nicht einstellen

Neuer Bericht von Amnesty International dokumentiert schwere Kriegsverbrechen im Nordwesten Syriens. Tote und Verletzte, darunter Schüler*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen: Amnesty veröffentlicht detaillierte Untersuchung von 18 Luft- und Bodenangriffen auf Schulen und Spitäler.

- Belege für Russlands direkter Beteiligung an Kriegsverbrechen
- [Bericht zum Download](#), Satellitenbilder unter diesem [Link](#), Videomaterial (B-Roll) auf Anfrage

London/Wien, am 11. Mai 2020 . In zwei Monaten droht eine UNO-Resolution auszulaufen, die die Einführung von Hilfsgütern für die Bevölkerung von Idlib über die Grenzen im Nordwesten Syriens ermöglicht. Angesichts von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Region muss der UNO-Sicherheitsrat sicherstellen, dass diese lebenswichtige Unterstützung für die Menschen in Syrien nicht eingestellt wird. Das fordert Amnesty International bei der Vorstellung eines neuen Berichts, der schwere Kriegsverbrechen im Nordwesten Syriens dokumentiert.

Die Recherchen der Menschenrechtsorganisation belegen 18 Fälle – die meisten aus der Zeit zwischen Jänner und Februar 2020 –, in denen syrische und/oder russische Regierungstruppen gezielt Angriffe gegen medizinische Einrichtungen und Schulen in Idlib, West-Aleppo und im nordwestlichen Gouvernement Hama verübt haben.

Aufgrund der Angriffe mussten bis zum Waffenstillstand am 5. März 2020 nahezu eine Million Menschen in Idlib fliehen. Viele von ihnen waren bereits zuvor mehrfach vertrieben worden und

mussten in den vergangenen Monaten unter erbärmlichen Bedingungen leben.

„Selbst gemessen an den katastrophalen Bedingungen, die durch die seit neun Jahren andauernde Krise in Syrien herrschen, sind die Vertreibung und die humanitäre Katastrophe beispiellos, die nun durch den jüngsten Angriff ausgelöst wurden“, sagt Heba Morayef, Direktorin für die Region Nahost und Nordafrika bei Amnesty International, und sagt weiter: „Der UNO-Sicherheitsrat darf jetzt nicht die lebenswichtige grenzüberschreitende humanitäre Hilfe unterbrechen, von der Tausende Menschenleben abhängen.“

„Die jüngste Offensive setzt die abscheuliche Reihe systematischer Angriffe fort, durch die die Zivilbevölkerung terrorisiert werden soll. Derweil unterstützt Russland nach wie vor das syrische Regime militärisch – auch mit rechtswidrigen Luftschlägen – obwohl es Beweise gibt, dass Russland damit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des syrischen Militärs Vorschub leistet.“

Angriffe auf Spitäler

Laut Angaben der Gesundheitsbehörde von Idlib wurden zwischen Dezember 2019 und Februar 2020 in Idlib und Aleppo zehn medizinische Einrichtungen durch russische und syrische Angriffe beschädigt bzw. zerstört. Dabei wurden neun Angehörige des medizinischen Personals und andere Mitarbeiter*innen getötet. Dutzende weitere medizinische Einrichtungen sahen sich gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Amnesty International hat Angriffe dokumentiert, die zur Schließung von fünf Spitälern in den von bewaffneten Oppositionsgruppen kontrollierten Gebieten führten.

Drei russische Luftschläge wurden am 29. Jänner 2020 in der Nähe des al-Shami-Hospitals in Ariha ausgeführt. Ein überlebender Arzt beschrieb, dass durch die Angriffe mindestens zwei Wohngebäude unweit des Spitals zerstört

wurden; 11 Zivilist*innen wurden getötet und über 30 verletzt. Unter den Toten war auch einer seiner Kollegen. „Ich fühlte mich so hilflos. Mein Freund lag im Sterben, draußen schrien Frauen und Kinder“, sagte er und fügte hinzu, dass der syrische Zivilschutz (*Weißhelme*) zwei Tage gebraucht habe, um die Leichen aus den Trümmern zu bergen.

Auf der Grundlage übereinstimmender Aussagen von Zeug*innen und anderer glaubwürdiger Informationen – vor allem Beobachtungen sogenannter Planespotter – kommt Amnesty International zum Schluss, dass russische Streitkräfte für diesen rechtswidrigen Angriff verantwortlich waren.

Angriffe auf Schulen

Laut Angaben der syrischen NGO Hurras Network (Syrian Child Protection Network) wurden bei Luftschlägen und Bodenangriffen im Jänner und Februar 2020 insgesamt 28 Schulen getroffen. Am 25. Februar wurden an einem einzigen Tag zehn Schulen angegriffen. Dabei kamen neun Zivilist*innen ums Leben.

Amnesty International hat Recherchen zu sechs Angriffen in diesem Zeitraum durchgeführt, darunter zum Abwurf von Fassbomben und vom Boden abgefeuerter Streumunition auf zwei Schulen am 25. Jänner sowie am 28. Februar 2020.

Eine Lehrerin schilderte Amnesty International einen Angriff: „Ein [Streubomben-] Geschoss explodierte vor meinen Füßen, Haut und Fleisch platzen auf ... der Schmerz war unerträglich ... Ich spürte eine solche Hitze, als würden meine Füße verbrennen. Zwei Schülerinnen waren in diesem Moment bei mir. Eine war sofort tot, die andere überlebte wie durch ein Wunder. Ich bin sicher, dass es Streumunition war, weil ich mehrere Explosionen hörte. Ich kenne das Geräusch von Streumunition sehr gut. Du hörst eine Serie von mehreren Explosionen. Als ob aus dem Himmel kein Wasser, sondern Granatsplitter regnen würde.“

Die Recherchen von Amnesty International zeigen, dass es sich

bei den hier beschriebenen Geschossen um 9M27K-Frachtraketen mit einem Kaliber von 220 mm handelte, die in Russland hergestellt und an die syrische Armee geliefert wurden. Sie enthielten 9N210- oder 9N235-Streumunition. Streumunition ist nach dem Völkerrecht verboten.

Umfassende Beweise belegen Aussagen von Zeug*innen

Amnesty International hat für den Bericht 74 Personen interviewt, darunter Binnenvertriebene, Lehrer*innen, Ärzt*innen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen. Die Aussagen der Zeug*innen werden nicht nur durch Video- und Fotoaufnahmen untermauert, sondern auch durch Expert*innenanalysen von Satellitenbildern, Berichte von Planespottern vor Ort sowie durch abgehörte Kommunikation von russischen und syrischen Luftstreitkräften.

Die Aufnahmen aus den Cockpits liefern Beweise dafür, dass das russische Militär an mindestens einem rechtswidrigen Angriff auf ein Spital beteiligt war, das danach seine Arbeit einstellen musste.

Kriegsverbrechen & gezielte Angriffe gegen Zivilist*innen

Die in dem Bericht dokumentierten Fälle zeigen beispielhaft, dass die syrischen und russischen Streitkräfte nach wie vor gezielt Angriffe gegen Zivilist*innen und zivile Ziele verüben. Dabei handelt es sich um Verletzungen des humanitären Völkerrechts, auf dessen Grundlage die Parteien in einem bewaffneten Konflikt zwischen militärischen Zielen und kämpfenden Personen auf der einen Seite und zivilen Zielen und Zivilist*innen auf der anderen Seite unterscheiden müssen. Nur die erstgenannten dürfen angegriffen werden.

Es handelt sich bei diesen Attacken außerdem um Kriegsverbrechen: Diejenigen, die derartige Verbrechen anordnen oder begehen, sind strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Spitäler und andere medizinische Einrichtungen, medizinisches Personal und Kinder dürfen nicht nur nicht angegriffen werden, weil sie einen zivilen Status haben,

sondern müssen in einem bewaffneten Konflikt besonders geschützt werden.

Viele der medizinischen Einrichtungen, die angegriffen wurden, standen zudem auf einer Liste der UNO als Nichtangriffsziele. Diese Liste war den russischen, türkischen und US geführten Koalitionstruppen zugesandt worden, um zu zeigen, welche Ziele nicht angegriffen werden dürfen.

Lebenswichtige humanitäre Hilfe darf nicht eingestellt werden
Im Juli 2014 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat einstimmig eine [Resolution](#), die humanitäre Unterstützung im Nordwesten Syriens und in anderen Gebieten, die von bewaffneten Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ermöglicht. Dafür ist keine Zustimmung der syrischen Regierung erforderlich. Diese Resolution ist seit 2014 wiederholt verlängert worden, wenn auch in den vergangenen Jahren unter Schwierigkeiten und im Jänner 2020 mit Einschränkungen. Nun droht die Resolution am 10. Juli 2020 auszulaufen.

Syrien und seine Verbündeten wollen diese Unterstützungsregelung beenden und Hilfslieferungen stattdessen über Damaskus senden. Das würde es der UNO und Partnerorganisationen erschweren, Hilfe zeitnah und nachhaltig zu verteilen.

Die syrische Regierung hat immer wieder versucht, die Hilfslieferungen durch bürokratische Hindernisse einzuschränken. Sie hat zudem Mitarbeitende von Hilfsorganisationen auf „schwarze Listen“ gesetzt und jene verfolgt, die mit Oppositionellen in den von diesen gehaltenen Gebieten in Verbindung gebracht wurden. Bewaffnete Gruppen wie Hay'at Tahrir al-Sham haben ebenfalls humanitäre Organisationen daran gehindert, ihrer Arbeit effizient nachzugehen.

„Vertreter*innen der UNO bezeichnen Idlib bereits als humanitäre ‚Horror-Geschichte‘ – diese wird sich noch

verschlimmern, wenn der Sicherheitsrat nicht über die politischen Interessen der Konfliktparteien hinausblickt und diese lebenswichtige humanitäre Unterstützungsmöglichkeit beibehält“, sagt Heba Morayef.

Vertreibung und katastrophale Lebensbedingungen

Aufgrund der jüngsten Angriffe auf Idlib mussten zwischen Dezember 2019 und März 2020 nahezu eine Million Menschen – mehr als 80 Prozent davon Frauen und Kinder – in Gebiete in der Nähe der türkischen Grenze fliehen.

Eine Mutter von drei Kindern, deren Familie in den vergangenen acht Monaten zweimal vertrieben worden war, sagte Amnesty International: „Mein Tochter, die in die erste Klasse geht, hat ständig Angst ... Sie fragte mich [nachdem wir vertrieben worden waren]: ‚Warum tötet Gott uns nicht?‘ ... Wir sind nirgendwo sicher.“

Diese Menschen, die sich auf einer immer kleiner werdenden Fläche zusammendrängen, leben unter unmenschlichen Bedingungen ohne ausreichende humanitäre Unterstützung. Hilfe ist dringend notwendig und muss über einen längeren Zeitraum garantiert werden. Die globale Coronakrise erschwert die humanitäre Hilfe für die Menschen in der Region zusätzlich. Eine Ausbreitung der Pandemie könnte fatale Folgen haben. In den überfüllten Flüchtlingslagern sind Schutzmaßnahmen kaum möglich und das bereits schwer gebeutelte Gesundheitswesen ist in keiner Weise für eine Pandemie ausgerüstet.

Bei Fragen oder zur Vermittlung von Interviews stehen wir gerne zur Verfügung. presse@amnesty.at

Amnesty International Österreich

Presseteam

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

T: [+43 664 2359138](tel:+436642359138) / [+43 664 4001056](tel:+436644001056)

presse@amnesty.at

IM NORDOSTEN SYRIENS: KEIN KRIEGSENDE IN SICHT

Wie es um Krieg und Frieden in Syrien steht hat Politik-Experte [Leo Gabriel](#) beim einem Internationalen Forum vor Ort recherchiert.

Fotomaterial auf Anfrage: lgabriel@gmx.net

Im Juli 2019 lud das Rojava Center for Strategic Studies (NRLS) zum „Internationale Forum zu ISIS: „Dimensionen, Herausforderungen und Konfrontationsstrategien“ statt. Mehr als 200 PolitikerInnen, ForscherInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Institutionen aus mehreren Ländern (u.a. aus Europa und den USA) kamen dazu in der Stadt Amude im von der kurdischen Selbstverwaltung kontrollierten Teil Nord- und Ostsyriens, das hierzulande Rojava genannt wird, zusammen. Im Mittelpunkt des Forums stand die durch schlagkräftige Beweise erhärtete These, dass die Regierung Erdogan unter dem Vorwand, die kurdische Aufstandsbewegung PKK zu unterstützen, der ISIS (islamischer Staat) von Anfang an, also ab 2015 Vorschub geleistet hatte.

ISIS und die Türkei: eine unheilige Allianz

Aus den zahlreichen Redebeiträgen, Diskussionen, schriftliche Stellungnahmen und Videobotschaften ging hervor, dass die türkische Armee und deren Geheimdienste beim Kampf um die an der türkisch-syrischen Grenze gelegene Stadt Kobane im September 2014 an ISIS nicht nur Waffen geliefert und Rückendeckung geleistet hatte, sondern Bomben- und Selbstmordanschläge, von denen sie Kenntnis hatten, nicht verhindert hatten. Die kurdischen TeilnehmerInnen würdigten die Vorreiterrolle der kurdischen Volks-

und Frauenschutzeinheiten (YPG und YPJ) sowie der aufständischen syrischen demokratischen Streitkräfte (SDF) bei der Vertreibung der ISIS, der an die 11 000 KämpferInnen zum Opfer gefallen waren.

Ein besonderes Augenmerk galt bei den Diskussionen den an die 40 000 gefangenen IS-KämpferInnen, für die laut französischen ExpertInnen ein eigener Gerichtshof unter internationaler Aufsicht eingerichtet werden könnte. Das wäre jedoch auf Grund des russischen Vetos im Sicherheitsrat kaum durchzusetzen. „Zumindest sollten die ausländischen IS-Kämpferinnen und Kämpfer an die Justizbehörden ihrer Ursprungsländer ausgeliefert werden“, war die allgemeine Forderung.

Brennpunkt Idlib

Wer jedoch gemeint hat, dass mit der Niederlage der ISIS an nahezu allen Fronten Syriens und des Irak der nun schon sieben Jahre währende Krieg zu Ende wäre und die syrischen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten, irrt. Seit April diesen Jahres ist nämlich die Schlacht und das Schlachten um die Stadt Idlib wieder voll im Gange. Laut Berichten von Menschenrechts-organisationen soll es 33 Massaker mit insgesamt über 1 300 toten ZivilistInnen gegeben haben, die auf das Konto der syrischen Armee und der russischen Luftwaffe gehen sollen. Idlib ist jene inzwischen auf 2,5 Millionen EinwohnerInnen angewachsene Stadt, in der ein Großteil der Aufständischen von der ehemaligen Free Syrian Army (FSA) und der islamistischen Al Nusra Zuflucht genommen hatten. Gleichzeitig sind auch die Kämpfe in den Vororten von Homs und Aleppo wieder aufgeflammt, weil die zwischen Russland und der Türkei ausgehandelten Vereinbarungen zur Errichtung einer Sicherheitszone (noflyzone) nicht gehalten haben.

Déjàvu um Kobane

Auch in Kobane, jener Kurdenstadt westlich des Euphrat, die sich seinerzeit so tapfer gegen die ISIS geschlagen hat (siehe oben), gibt es wieder dicke Luft. Wieder einmal droht die

türkische Armee unter Erdogan mit einem Einmarsch ähnlich jenem, den sie vor zwei Jahren auf die im äußersten Westen von Rojava gelegene Stadt Afrin durchgesetzt hatte. Das Rojava Center for Strategic Studies (NRLS) hat die Weltöffentlichkeit auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und lädt internationale JournalistInnen dazu ein, den KurdInnen in dieser schweren Stunde durch ihre Berichterstattung beizustehen.

Newsletter 2/2019: Nachhaltiges Entwicklungsziel – SDG4 „Hochwertige Bildung“

Sehr geehrte Damen und Herren, zweimal im Jahr stellt die Informationsstelle für Journalismus & Entwicklungspolitik (ISJE) einen redaktionellen Newsletter mit Informationen, Kontakten und Hinweisen für JournalistInnen zusammen. Dieses Mal mit folgenden Themen:

- **Syrien** – Eine Analyse des Politik-Experte [Leo Gabriel](#):
[MEHR](#)
- **Nachhaltigkeitsziel – SDG 4: „Hochwertige Bildung“**
Recherche-Hinweise, Links, Projekte, Ideen: [MEHR](#)
- Eine Analyse von Bildungsexpertin [Margarita Langthaler](#):
[MEHR](#)

Termine zu spannenden Veranstaltungen in Österreich und Wahlen und internationale Gedenk- und Aktionstage weltweit: siehe unten

Internationale Wahlen... in Asien, Ozeanien und Afrika

- 28. Sep. – Afghanistan: Präsidentschaftswahl und Kommunalwahlen
- 6. Okt. – Tunesien: Parlamentswahl
- 17. Okt. – Papua-Neuguinea: Unabhängigkeitsreferendum in Bougainville
- 27. Okt. – Argentinien: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen spätestens November – Namibia: Präsidentschaftswahl in Namibia
- 24. Nov. – Guinea-Bissau: Präsidentschaftswahl
- 30. Nov. – Somaliland: Parlamentswahl

Internationale Gedenk- und Aktionstage

- 5 Sept.: **Internationaler Tag der Wohltätigkeit**. Er wurde 2012 durch die Vereinten Nationen (UN) initiiert und am Todestag von Mutter Teresa begangen. Ziel ist es Personen, Unternehmen und Interessensgruppen zu sensibilisieren und zum caritativem Handeln zu motivieren.
- 8. Sept.: **Weltalphabetisierungstag**. Der Tag wurde von der UNESCO 1965 ins Leben gerufen und soll jährlich an die Problematik des Analphabetismus erinnern. Weltweit können rund ein Fünftel der erwachsenen Menschen weder lesen noch schreiben.
- 12. Sept.: **Tag zur Süd-Süd-Zusammenarbeit**, ausgerufen von den UN zur Unterstützung und Umsetzung technischer Kooperationen zwischen so genannten Entwicklungsländern.
- 14. Sept.: **Tag der Tropenwälder**. Dieser wurde 1989 durch den WWF initiiert und soll auf die drohende Zerstörung der Regenwälder hinweisen. Das Datum geht auf den Geburtstag des Forschers Alexander von Humboldt zurück.
- 15. Sept.: **Internationaler Tag der Demokratie**,

ausgerufen von den UN im Jahr 2007 zur Förderung und Verteidigung der Grundsätze der Demokratie.

- 21. Sept.: **Internationaler Tag des Friedens**, auch International Day of Peace, 1981 von den UN initiiert.
- 1. Okt.: **Welt-Vegetariertag 2019**, eingeführt anlässlich des Welt-Vegetarier-Kongresses 1977 in Schottland von der „North American Vegetarian Society“, um die Vorzüge der vegetarischen Lebensweise bekannter zu machen. Der Weltbevölkerung soll mit dem Vegetariertag bewusst gemacht werden, dass vegetarische Ernährung aus verschiedenen Gründen gut für die Umwelt und die Gesundheit ist.
- 7. Okt.: **Welttag für menschenwürdige Arbeit**. Der Aktionstag wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei dessen Neugründung im Jahr 2006 als internationaler Tag für Gute Arbeit ins Leben gerufen. An diesem Tag treten die Gewerkschaften weltweit und öffentlich für die Herstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen ein
- 10. Okt.: **Welttag gegen die Todesstrafe**, 2003 ausgerufen von der „World Coalition against Death Penalty“ sowie Amnesty international ins Leben gerufen.
- 11. Okt.: **Internationaler Mädchentag der Vereinten Nationen**. Damit soll auf die weltweit vorhandenen Benachteiligungen von Mädchen, besonders die schwierige Situation von Mädchen in vielen Ländern der Welt aufmerksam gemacht werden.
- 16. Okt.: **Welthungertag 2019**. 1945 wurde an diesem Tag die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO mit der Aufgabe, die weltweite Ernährung sicherzustellen, als Sonderorganisation der UNO gegründet.
- 17. Okt.: **Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut**, von den UN 1992 zu diesem erklärt. Damit sind drei Anliegen verbunden: Den Widerstand der von Armut betroffenen Menschen gegen Elend und Ausgrenzung würdigen, Not leidenden und ausgegrenzten Menschen Gehör verschaffen und mit ihnen ins Gespräch kommen und sich

mit den Allerärmsten dafür einsetzen, dass diese Rechte wirklich für alle gelten.

- **24. Okt.: Welttag der Vereinten Nationen und der Information über Entwicklungsfragen.** An diesem Tag ist 1945 die Charta der Vereinten Nationen in Kraft getreten. Die Vereinten Nationen sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten, ihr wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Der Welttag der Information über Entwicklungsfragen findet seit 1972 auf Beschluss der UN mit dem Ziel statt, die weltweite Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsprobleme zu lenken sowie auf die Notwendigkeit der Stärkung internationale Zusammenarbeit, um diese globalen Ungerechtigkeiten zu lösen.
- **2. Nov.: Internationaler Tag gegen Straflosigkeit für Verbrechen an JournalistInnen,** 2013 von den Vereinten Nationen im Andenken an zwei in 2013 in Mali getötete JournalistInnen initiiert.
- **15. Nov.: Writers in Prison Day,** initiiert 1980 durch das 1960 gegründete „Writers in Prison“-Kommittee der Schriftstellervereinigung P.E.N., in dem über 150 Schriftstellerorganisationen aus mehr als 100 Nationen vereinigt sind. An diesem Tag wird an verfolgte, inhaftierte und ermordete SchriftstellerInnen sowie JournalistInnen erinnert.
- **16. Nov.: Internationaler Tag für Toleranz.** Am 16. November 1995 unterzeichneten 185 Mitgliedsstaaten der UNESCO die Erklärung der Prinzipien zur Toleranz. Seitdem erinnert die UNESCO jährlich an jene Regeln, die ein menschenwürdiges Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen ermöglichen.
- **29. Nov.: Buy Nothing Day.** Der Buy Nothing Day (deutsch: Kauf-Nix-Tag) ist ein konsumkritischer Aktionstag am letzten Freitag im November. Er wird mittlerweile in 80

Ländern – auch in Österreich – organisiert. Er ist die Antwort auf den Black Friday, der in den USA traditionell die Kaufsaison für Weihnachten einleitet.

- **2. Dez.: Internationaler Tag zur Abschaffung der Sklaverei**, von den Vereinten Nationen zur Abschaffung der Sklaverei initiiert in Erinnerung an die 1949 verabschiedete Konvention zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Personen. Weltweit leben immer noch mehr als 20 Millionen Menschen in Sklaverei oder sklavenähnlichen Verhältnissen.
- **2. Dez.: Internationaler Tag des Ehrenamtes zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements**. Der Tag wurde 1985 von den Vereinten Nationen (UN) beschlossen.
- **10. Dez.: Tag der Menschenrechte**. Seit 1948 wird an diesem Tag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gedacht und von Menschenrechtsorganisationen genutzt, um auf Verletzungen dieser Rechte hinzuweisen.
- **18. Dez. Internationaler Tag der MigrantInnen**. 2000 hat die UNO diesen Tag ausgerufen, 1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen.

Termine in Österreich:

- **19. bis 28. September: „10 Tage 17 Ziele“**, Niederösterreich
Im Rahmen Österreichs 1. Tour zu den 17 globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, die 2015 von der UNO beschlossen wurde, touren u.a. die SDG-Botschafterinnen Michaela und Bianca vom Klimabündnis Niederösterreich durch Niederösterreich und besuchen 17 von einer Fachjury ausgewählte SDG-Wegweiser.
„17 und wir“ ist ein Projekt des Landes Niederösterreich in Kooperation mit dem Klimabündnis Niederösterreich,

Südwind NÖ und Fairtrade Österreich. Nähere Infos:
www.17undwir.at

- 01. Oktober 2019, 09:00 – 16:30: **Fachtagung „Migration und Arbeitswelt“**, Arbeiterkammer OÖ, Linz
Bei der heurigen Fachtagung, veranstaltet von migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ, Arbeiterkammer OÖ, Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH und bfi Berufsförderungsinstitut OÖ finden am Vormittag parallel vier Infoworkshops statt. Der Nachmittag wird durch Vorträge von ExpertInnen gestaltet. Nähere Infos zum Programm und zur Anmeldung finden Sie hier:
<https://migrare.at/e/fachtagung-migration-und-arbeitswelt/>
- 04. bis 06. Oktober: **WearFair+mehr**: Messe für Nachhaltigen Lebensstil, Tabakfabrik, Linz
Auf der 11. WearFair +mehr finden BesucherInnen alles, was sie für einen öko-fairen Lebensstil brauchen und wissen müssen. Neben den Bereichen Mode, Ernährung und Lifestyle gibt es heuer einen Schwerpunkt auf qualitätsgeprüfte Sport-Produkte unterschiedlichster Disziplinen – von Yoga über Radfahren und Fußball bis Reitsport. www.wearfair.at
- 11. November: Veranstaltung **„Zwischen Antikolonialismus, Patriotismus und revolutionärem Terror. Zum 50ten Todestag von Ho Chi Minh“**, 18.30 bis 21 Uhr, Diplomatische Akademie, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien
Gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, der Diplomatischen Akademie und der Stadt Wien veranstaltet die Gesellschaft Österreich-Vietnam einen Abend mit ExpertInnen zum Thema.
Eröffnung: Botschafter Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie
ReferentInnen:
 - Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch: „Ho Chi Minh im Kontext seiner Ära“
 - Prof. Pierre Brocheux (Paris): „Ho Chi Minh, ein

Mann, der Geschichte machte, aber ihre Folgen nicht kennen konnte“ (Referat in Englisch)

- Prof. Jörg Engelbert (Universität Hamburg): „Die Methode ‚Ho Chi Minh‘. Einige Besonderheiten des vietnamesischen Kommunismus“
 - Die Veranstaltung und die Diskussion nach den Referaten wird moderiert von Mag.a Susanna Bastaroli (Die Presse)
- 29. November 2019: „**Österreichisches SDG-Forum**“, 09.00 bis 17:00 Uhr, Universität Wien Beim zweiten SDG Forum von SDG Watch Austria wird Bilanz über die Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich im abgelaufenen Jahr gezogen und über die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der SDGs in Österreich diskutiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem anstehenden ersten Umsetzungsbericht Österreichs, welcher im Rahmen des High Level Political Forum (HLPF) im Juli 2020 in New York präsentiert werden wird, und eine Chance für neue Zielsetzungen in der SDG-Erreichung bildet. Eine vertiefende Auseinandersetzung zu übergreifenden Themen der Agenda 2030 wie Bildung und nachhaltige Landwirtschaft wird am Nachmittag im Rahmen von Workshops geboten.
- Mehr Infos: <https://sdgwatch.at/de/veranstaltungen/>

Newsletter abonnieren?

Bitte einfach & formlos eine Mail an [office\(at\)isje.at](mailto:office(at)isje.at)

Vortrag und
Interviewmöglichkeit: Human

Rights Research on the Frontlines – mit Anna Neistat

Amnesty International lädt herzlich zum Vortrag **Human Rights on the Frontlines** von **Anna Neistat** ein: Neistat leitet die globale Rechercheabteilung bei Amnesty International und hat jahrelang in zahlreichen Krisengebieten recherchiert und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert – unter anderem in Syrien und Afghanistan.

Anna Neistat steht außerdem rund um den 14. März für **Interviews** in Wien zur Verfügung. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei der Pressestelle: www.amnesty.at/presse

Wann: 14. März 2018, 19:00 Uhr

Wo: Die Angewandte, Stubenring 3, 1010 Wien

Weitere Informationen zur 5-teiligen Veranstaltungsreihe **Women*Human Rights Defenders** und Anmeldung unter <https://www.amnesty.at/de/events/>

Syrien zwischen Mythos und Realität



Azas bei Aleppo 2014, Foto © Leo Gabriel

am 15.05.2017

19.00 Uhr

Ort: transform! europe Lokal Gusshausstr. 14, 1040

Wien **Veranstalter:** SPERANZA

eine multimedia-cooking-Performance von SPERANZA über ein Land jenseits von Blut und Tränen

Dieses Mal: Eine Gruppe von syrischen KünstlerInnen, die in ihrem Land als Kalligraphen, Schriftsteller, MusikerInnen, Filmemacher und KöchInnen groß geworden sind, präsentieren erlesene kulinarische und künstlerische Kostproben ihres Schaffens und gehen dabei der Frage nach ihrer Identität in diesem multikulturellen Land auf den Grund, das aus den Schlagzeilen heute nicht mehr wegzudenken ist.

Durch den vielfältigen Abend führen der syrische Schauspieler Saad Al Ghefari und Leo Gabriel

"We are a group of Syrian artists, trying to present another story for another truth. Not the typical stereotyped one, the media and the news have been producing forever. It is not their story too, it's a story of Syria. An ancient place that faced a lot of horror a lot of wars, a lot of betrayals for thousands of years; a lot of good kings and bad presidents, a lot of golden days and black ones. Simply it's a country like any country, same story deferent Tyrant. No one is safe no country no land. You don't know, when is your turn. The Tyrants factory is still running and you don't know when or how he is going to be your god, king, prime minister or a normal president. The point is there is always another story another truth that you don't know. In our story there is laugh and dance, pantomime and music and of course a delicious food. It is a cultural meal that will uncover the Vail of Syria. It is simply Syria between prejudice and reality." – Saad Al Ghefari

PROGRAMM

- Begrüßung und Vorstellung der kunstgewerblichen Mitwirkenden, die während der cooking show ihre Werke herstellen

- Einführung in die syrische Kulturgeschichte an Hand einer Diaschau
- Syrischer Lautenspieler
- Lesungen von Dichtung und Prosa (arabisch und deutsch)
- Video über die Stereotypen von ÖsterreicherInnen über Syrien
- Kurzfilm über das Kurdengebiet im Norden Syriens
- Gesang mit Oud-Begleitung
- Gemeinsamen Abendessen, Syrische Speise. Anschließend Diskussion

DIE MITWIRKENDEN

SchriftstellerInnen:

Oula al Khatib graduierte Dramaturgin aus einer Vorstadt von Damascus und **Mohamad Khalil** Autor und Literaturwissenschaftler aus Qamischli präsentieren eigene Gedichte und Essays.

Kalligraphin:

Lama Andoura aus Damascus zeichnet Kufa, die älteste arabische Schriftform

MusikerInnen:

Basma Jabr, Sängerin und Cantautorin, geboren in Kuwait und aufgewachsen in Damascus und

Orwa Saleh, Oud-Spieler (arabisches Saiteninstrument), Schüler von Chabel Rouhana (Beirut) und Askar Ali Akbar (Damascus);

Mohamed Abdul Rahman, Lautenspieler aus Aleppo

Filmemacher:

Aladin Nakshbandi, Filmemacher und Kommunikationsexperte, Direktor der SMART-Academy in Wien, und

Leo Gabriel, Sozialanthropologe und Journalist aus Wien, Koordinator von www.peaceinsyria.org

Kochkunst und Kunsthandwerk:

Redwan Abdelly, Informatiker und leidenschaftlicher Koch aus Damaskus und Nabil Andoura, Seifenproduzent aus Aleppo.

SPERANZA ist eine 2016 in Wien gegründete Plattform zum kreativen Austausch von KünstlerInnen, AktivistInnen und

FlüchtlingshelferInnen mit und ohne Fluchterfahrung. Die Gruppe trifft sich regelmäßig, um gemeinsame Projekte zu planen und vorhandene zu vernetzen. Sie wirft aktuelle Fragen und Aufgaben zu Grenzregimen, Pädagogik, Sozialarbeit, Kunst/Kultur und politischem Theater auf und entwickelt künstlerische Ausdrucksformen dafür. „Aufgetischt!“ ist das erste gemeinsame Performanceformat. „Aufgetischt!“ präsentiert eine Serie theatraler Kochperformances, die kulturelle und kulinarische Genüsse kreativ verbinden. Das neue Format bringt politische Inhalte auf lustvolle Weise unters Publikum, bietet eine Arena für Begegnung und Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Herkunft – mit dem Ziel, die Beteiligten zu politischen Verbündeten zu machen. An je einem Abend kochen geflüchtete Kulturschaffende Speisen aus ihren Herkunftsländern, erzählen ihre Geschichte/n und performen dazu.

Kontakt und Impressum: E. Brenner/A. Munninger, FLEISCHEREI_mobil, Märzstr. 156/40, 1140 Wien, www.experimentaltheater.com. Kartenreservierung: Andrea Munninger, office@experimentaltheater.com, 069919900952

Nähere Infos: office@experimentaltheater.com
<http://www.experimentaltheater.com>

Journalisten auf der Flucht



Die Veranstaltungsreihe #MEtalks hatte schon die unterschiedlichsten Medienmenschen aus aller Welt zu Gast (im Bild: die ugandische Journalistin und Bloggerin Rosebell Kagumire mit Sybille Hamann). Im April wird es um Syrien gehen. Foto: Institut für Journalismus & Medienmanagement/FHWien

Am 11.4. findet die nächste Runde der Gesprächsreihe #MEtalks statt, dieses Mal mit in Österreich lebenden syrischen Journalisten.

Der Bürgerkrieg in Syrien zwischen dem Assad-Regime und Rebellen-Gruppen dauert seit mittlerweile fünf Jahren an und hat ein katastrophales Ausmaß an Gewalt und Zerstörung erreicht. Hunderttausende haben in den vergangenen Jahren das Land verlassen und leben in Jordanien, der Türkei oder in EU-Ländern. Unter den Geflüchteten sind auch Journalisten wie **Saleh al-Omar und Jihad Nour Eddin Hussari**. Vor ihrer Flucht aus Syrien arbeiteten die beiden Männer in Aleppo und Damaskus in Medienunternehmen. Doch wie funktioniert heute Journalismus in einem weitgehend zerstörten Land wie Syrien? Welche Medien werden noch produziert – und gibt es überhaupt noch so etwas wie unabhängigen Journalismus im Land? Im Gespräch mit der österreichischen Journalistin Rubina Möhring erzählen **Saleh al-Omar und Jihad Nour Eddin Hussari** von den Möglichkeiten und Grenzen des Journalismus in ihrer Heimat und von den Herausforderungen, mit denen sie seit der Flucht nach Österreich konfrontiert sind.

Moderation: Rubina Möhring

Dolmetscherin: Nermin Ismail

Wann: 11.04.2016

Uhrzeit: 18:30 Uhr

Wo: FHWien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien, Raum B002

Um Anmeldung zur Veranstaltung wird gebeten! [Hier geht's zur Anmeldung](#)

„Journalisten auf der Flucht“ ist eine Veranstaltung der Reihe „Medien & Entwicklung“ in Kooperation mit der ISJE- Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik, der FHWien der WKW und dem fjum_forum journalismus und medien wien.

Stoppt die Kriege!



Foto:
privat

Aus der Sicht des globalen Südens ist diese Forderung eine notwendige Bedingung zur Überwindung des Flüchtlingelends.

Ein aktueller Kommentar von Leo Gabriel

Es ist noch nicht allzu lange her, da fanden Zigtausende EuropäerInnen Zuflucht vor Faschismus und Krieg in Mexiko, Kolumbien und Argentinien – unter anderem sogar einige prominente Nazis. Aber auch heute steigt die Zahl der so genannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus Europa, meist qualifizierte Arbeitslose der jüngeren Generation aus

Frankreich, Italien oder Spanien, die in Lateinamerika einen ihnen entsprechenden Arbeitsplatz suchen.

All das war und ist nicht vergleichbar mit dem Elend derjenigen, die nach Europa oder die USA fliehen. Die meisten von ihnen haben die Hoffnung, dass es ihnen in den Metropolen jenes Systems, das heute die Welt beherrscht, besser gehen wird als in ihrer von Kriegen und Gewalt zerrütteten Heimat.

500 Jahre Kolonialgeschichte

Dabei vergessen die Flüchtlinge aus dem globalen Süden oft, dass im Norden die Verantwortlichen für Politik und Wirtschaft längst verlernt haben in politisch-historischen Kategorien zu denken. Denn sonst wüssten sie, dass die MigrantInnen – ob sie jetzt AsylwerberInnen sind oder nicht – vor genau jenem diskriminierenden, ausbeuterischen und gewaltbereiten System fliehen, das schon ihre Vorväter erleiden mussten.

Sind 500 Jahre Kolonialismus und Postkolonialismus etwa nicht genug, um festzustellen, dass die Welt gespalten ist? Und zwar nicht in Links und Rechts, sondern in Zentrum und Peripherie; nicht in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Länder, sondern in Täter und Opfer einer Geschichte, die letztendlich an den Schaltstellen des Nordens verändert werden kann.

Haben sich diejenigen, die heute nach mehr Kontrolle, Abschottung, Polizei und Militär schreien und nach einem „starken Mann“ rufen, der die überkommene Ordnung wieder herstellen kann, schon einmal gefragt, was sie selbst tun könnten, um die Kriege in Syrien, Afghanistan, Pakistan und der Ukraine zu beenden? Nein, denn das überlassen sie lieber den Totengräbern der Macht, die selbst an der weltweiten Armut und Gewalt noch verdienen.

Katastrophe Syrien

Seit drei Jahren versucht etwa das UNHCR der Weltöffentlichkeit klar zu machen, dass der Krieg in Syrien „die größte humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg“

hervorgebracht hat: seither war es noch nie der Fall, dass in der Folge eines Krieges mehr als die Hälfte der Bevölkerung eines Landes in die Flucht geschlagen wurde – 4,5 Millionen allein in die Nachbarländer Türkei, Libanon und Jordanien.

Doch das kümmerte die Regierungen im Norden kaum. Großzügig stellten sie zur Linderung des Flüchtlingselends ein paar Hundert Millionen zur Verfügung, während sie Hunderte Milliarden zur Rettung ihres Finanzsystems freigegeben hatten. Erst als Terrorakte wie das Massaker in den Redaktionsräumen von „Charlie Hebdo“ und die Ermordung von westlichen Journalisten stattfanden, begann sich die Weltöffentlichkeit für den so genannten Islamischen Staat zu interessieren, der bereits seit 2013 Tausende von ZivilistInnen in Syrien und dem Irak erbarmungslos liquidiert hatte.

Konzertierte Aktionen für den Frieden

Auch jetzt geht wieder ein Ruck durch die europäische Öffentlichkeit angesichts der vielen neu angekommenen Flüchtlinge in Europa. Doch darf bei aller Hochachtung, die den humanitären FlüchtlingshelferInnen hierzulande und anderswo gezollt werden muss, nicht vergessen werden, dass diese massive Fluchtbewegung nicht abreißen wird, solange es nicht gelingt, die Kriege zu stoppen, welche die eigentliche Ursache für die Fluchtbewegung aus Syrien, der Ukraine oder Afghanistan darstellen. Dabei muss man sich im Klaren sein, dass diese Massaker schon aufgrund des Kräfteverhältnisses in und um die betroffenen Länder nicht durch militärische Interventionen, sondern nur durch konzertierte Aktionen der Zivilgesellschaft in- und außerhalb dieser Länder gestoppt werden können.

In diesem Sinne sind auch die Flüchtlinge, die nach Europa kommen, als potentielle MitstreiterInnen für einen anhaltenden Frieden in den betroffenen Regionen anzusehen.

Aber auch in den Ländern des globalen Nordens ist es heute notwendiger denn je, jene Friedensbewegung wiederzubeleben,

die am 15. Februar 2003 in allen Teilen der Welt millionenfach auf die Straße gegangen ist, um gegen den damals herannahenden Krieg im Irak zu protestieren. Hätte die Staatengemeinschaft damals auf die Zivilgesellschaft gehört, anstelle nach der Pfeife von George W. Bush zu tanzen, gäbe es heute keinen Islamischen Staat und auch keine humanitären Katastrophen.

[Leo Gabriel](#) ist Journalist, Anthropologe und Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums. Er ist auch Mitbegründer der international-syrischen Initiative www.peaceinsyria.org, die 2013 im Rahmen des Weltsozialforum entstand und im März 2014 ein Treffen mit RepräsentatInnen der syrischen Zivilgesellschaft auf der Friedensburg Schlaining organisierte. Die dort verabschiedete gemeinsame Erklärung für einen dauerhaften Frieden in Syrien lesen Sie [hier](#).

Kampfgeist auf Kurdisch



Foto:
privat

Die Kurden um Kobane punkten nicht nur militärisch gegen den IS, sondern machen auch in anderen Belangen Hoffnung. Leo Gabriel teilt frische Eindrücke aus der Region.

Chance für Medien. Angesichts der weltweiten Bedrohung durch die selbsternannten und fälschlicherweise als „Islamischen Staat“ bezeichnete Terrororganisation sind Journalistenreisen durch die Kampfgebiete Syriens heute eine Seltenheit geworden. Zu groß ist die Angst der Berichterstatter vor den orangefarbenen Hemden geworden, die so manchem Kollegen von der internationalen Presse zum tödlichen Verhängnis geworden sind.

Dabei wird allerdings vergessen, dass auch der seit dreieinhalb Jahren tobende Krieg in Syrien durchaus Strukturen aufweist; dass es hier ebenso wie in anderen Kriegsgebieten Fronten gibt und dass es neben dem Menschen-verachtenden Bösen auch konstruktive politisch-militärische Kräfte gibt.

Hoffnung Rojava. Ich beziehe mich dabei auf das von der kurdischen PYD (Partiya Yekitîya Demokrat, dt. „Partei der Demokratischen Union“) dominierte Rojava, jenen relativ dicht besiedelten Landstreifen, der sich entlang der Grenze zur Türkei von der irakischen Grenze bis in die Gegend von Aleppo zieht. Nur wenige wissen, warum dieser im äußersten Nordosten gelegene Landesteil Syriens zu einer Hoffungsregion für alle jene geworden ist, die ausgezogen waren, um sich die lange ersehnte Freiheit von diktatorischen Regime Bashar al Assads zu erkämpfen.



Rojava als „Westkurdistan“, wie es auf einer Website der PYD im Oktober 2013 umrissen wurde. Karte: Creative Commons/Panonian

Die politischen Wurzeln der PYD gehen auf die einst viel

geschmähte und oft als „terroristisch“ verteufelte PKK Abdullah Öcalans zurück. Kaum bekannt ist, dass heute im syrischen Teil Kurdistans seit etwa 1 1/2 Jahren ein politischer Prozess in Gang gekommen ist, der ausgehend von den Kommunen in den Stadtteilen und Dörfern das von Assad eingeführte hierarchisch kontrollierte System der Bath-Partei unterwandert hat.



Foto: Leo Gabriel

Kobane. Die Stunde der Freiheit der kurdischen Autonomiebewegung ist paradoxerweise gerade zu jenem Zeitpunkt gekommen, als sie sich in ihrer größten Bedrängnis seit Jahrzehnten befunden hat; nämlich als die Einheiten des IS glaubten, die Stadt Kobane im Zentrum von Rojava einnehmen zu können. Dass jedoch die Kurden nach wochenlangen Kämpfen, mit Unterstützung der irakisch-kurdischen Peshmergas der IS eine vernichtete Niederlage bereiteten, kam nicht von ungefähr. Mit ihrem Konzept der „integralen Verteidigung“ gelang es ihnen aufgrund ihres hohen Organisationsgrades dem IS sozusagen den Boden unter den Füßen zu entziehen, indem sie die gesamte Zivilbevölkerung inklusive der Kinder und Alten evakuierten und Kobane in einen Kessel verwandelten, aus dem es kein Entrinnen gab.

Politische Erfolge. Mehr noch als diese militärischen Erfolge lassen sich die politischen sehen. In Windeseile gründete die PYD in Allianz mit etwa zwei Dutzend anderer Gruppierungen, zu denen auch die an sich regimetreuen christlichen Assyrer und Alawiten und Jesiden zählen, ein Parlament, in dem die

Frauenquote 40 Prozent beträgt und in dem 20 Prozent der Abgeordneten parteiunabhängig sind. Dieses Parlament hat es innerhalb eines Jahres geschafft eine interkulturelle Erziehungsreform und eine komplette Neustrukturierung des gesellschaftlichen Systems umzusetzen, das jetzt, am 13. März mit den ersten allgemeinen Kommunalwahlen ihren Höhepunkt erreicht.

Dabei ist die Regierung von Rojava überaus bemüht und interessiert, die von ihr kontrollierten Gebiete internationalen Berichterstatern zu öffnen.

Kontakte nach Rojava können in Österreich jederzeit gerne von Leo Gabriel zur Verfügung gestellt werden. lgabriel@gmx.net